

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrküdler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag in der Redaktion Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreieckige Petitzelle 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Achtung!

Die nächste Nummer bringt die Jahresabrechnung und wird deshalb achtseitig herausgegeben. Den Zahlstellen und sonstigen Versandstellen werden so viele Exemplare zugehen, daß auch die im Fe'ce stehenden Mitglieder damit versehen werden können; die Nummer eignet sich zur Weitergabe an die Kollegenchaft in besonderem Maße. Sorge deshalb jedes Mitglied schon jetzt dafür, daß ihr Inhalt unter allen Angehörigen des Berufes weiteste Verbreitung findet. Werbt unter Hinweis auf die aus dem Jahresbericht zu ersiehende gesunde Kraft des Verbandes unsern Zielen fortgesetzt neue Mitstreiter! Der Verband hat auch in der langen Kriegszeit der Arbeiterschaft in den Bäckereien und Süßwarenbetrieben unendlich große Dienste geleistet und so einer besseren Zukunft die Wege geebnet. Es darf ihm also in dieser ersten Zeit, die nur noch die großen, geliebten Kräfte zur Wirkung kommen läßt, ein Kollege und keine Kollegin fernbleiben!

Die Scheu vor dem Neuen.

Die Frage einer Beitragserhöhung wird, wenn die gegenwärtige Leuerung auch noch den Krieg überdauert — und das ist aller menschlichen Voraussicht nach sicher zu erwarten —, nach und nach alle Gewerkschaftsorganisationen beschäftigen müssen. Das bringt die kolossale Umwertung des Geldes eben mit sich. Die Unterstützungssätze, die bisher die Verbände in Bedarfsfällen ihren Mitgliedern zu gewähren gewohnt waren, entsprechen heute in keiner Weise mehr den verteuerten Verhältnissen. Sie boten wohl in der Vorkriegszeit hilfbedürftigen organisierten Arbeitern manche wertvolle Beihilfe zur besseren Befriedigung notwendiger Bedürfnisse; heute aber, bei der ungeheuren Gerabsetzung der Kaufkraft des Geldes, stehen die Verbände vor der Tatsache, die gesamten Unterstützungssätze nach oben zu heben zu müssen, um einen Ausgleich zu schaffen, um der früheren Unterstützung den gleichen Wert zu geben. Um diese Maßnahme kommt keine Organisation herum. Früher oder später wird jede hierzu Stellung nehmen müssen.

Dieser Umwandlungsprozeß im inneren Verbandsgefüge hat bereits eingesetzt. In einer Reihe deutscher Gewerkschaften ist um die Jahreswende (zumeist durch Urabstimmung) eine Statutenänderung und damit natürlich auch zugleich eine Beitragserhöhung durchgeführt worden. Beides stößt eben in gerader Linie zusammen. Jeder Verband hat die unabwiesbare Pflicht, Unterstützungshöhe und -dauer mit der Beitragshöhe stets in Einklang zu halten. Geschieht es nicht, dann ruht das Verbandsgewände auf ungesunder Grundlage. Erhöht man also die Unterstützungen, dann müssen auch die Beiträge erhöht werden. Eins erfordert das andere; das eine zieht folgerichtig das andere nach sich. Den erhöhten Anforderungen an den Verband entspricht automatisch die größere Zurechnung. Das ist die natürliche Sache der Welt, und kein Verständiger wird dagegen Einspruch erheben können.

Viele Verbände werden aber auch genötigt sein, höhere Beiträge zu erheben, ohne zunächst in besonderer Weise die Unterstützungssätze zu erhöhen. Sie haben vor der

Notwendigkeit, die Verbandsfinanzen zu heben, weil der Krieg durch den damit verbundenen Mitgliederentzug und erweiterte außerstatutarische Unterstützungen (vor allem an die Familien der Kriegsteilnehmer) in die Verbandskasse ein großes Loch gerissen hat. Die Zukunft erfordert aber für alle Verbände ein gutes Finanzverhältnis; denn dann soll es in erster Linie gelten, in verstärkter Weise für die Besserung der Lebenslage der Mitglieder einzutreten und dem während des Krieges erlittenen Unternehmertum, wenn nicht anders, durch Kampf die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter abzurufen. Diese Zukunftsnöwendigkeit liegt schon heute klar zutage, und deshalb sind die Verbände genötigt, vorbauend zu wirken im Interesse ihrer Mitglieder.

Trotzdem haben wir bei allen Verbänden, die bisher zur Sanierung ihrer Verbandsverhältnisse geschritten sind, eine gewisse Strömung gegen diese notwendige Maßnahme, gegen die Anpassung an die Neuverhältnisse beobachtet. In den Abstimmungen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ein, wenn auch kleinerer Teil der Mitglieder Gegner der Neuorientierung in den Verbandsabstimmungen war; denn sie stimmten gegen die verlangte Beitragserhöhung. Damit verzichteten sie folgerichtig auf eine Erhöhung der Unterstützungssätze oder, wo eine solche augenblicklich nicht oder nur in geringem Maße beschaffbar war, gegen die finanzielle Erstarbung ihrer Gewerkschaftsorganisation zur besseren und nachhaltigeren Durchführung späterer Kämpfe zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe.

Es entsteht die Frage: Wie ist das möglich? Es muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft vielfach die letzten Konsequenzen der Gewerkschaftsbewegung noch nicht begriffen hat, und daß sie gerade dann, wenn es sich um ihre eigene Sache handelt, zu konservativen Instanzen und Handlungen neigt. Jede Aenderung der Dinge erscheint vielen Arbeitern un bequem; in ihrer Scheu vor dem Neuen verließen sie sich hartnäckig allen noch so wichtigen Argumenten und sehen unbestimmt dessen, daß völlig veränderte Verhältnisse veränderte Maßnahmen bedingen, jeder Neuerung voller Scheu feindlich und ablehnend gegenüber. Handelt es sich dabei nun gar um eine Beitragserhöhung, dann herrscht ein solcher Neuerungsgegner wie hypnotisiert nur auf diese; jede Ueberschreitung der Heilpille durch den Hinweis auf die spätere stärkere Kampfkraft, auf verbesserte Unterstützungen weist er mißtrauisch von sich; er lehnt die Neuerung eben ab, weil er sie bezahlen soll, und das will er nicht. Es entfehrt nicht einer gewissen Kamill, wenn man beobachten muß, welche große Redensalachen oftmals sogar unter wirtschaftlich bessergestellten Arbeitern geschlagen werden, wenn es sich um einige Pfennige erhöhten Verbandsbeitrages handelt. Manche gehen sich dabei so, als ob es dann auf ihre eigene Selbsterhaltung ankomme; sie verfechten mit zäher Hartnäckigkeit ihren veralteten Standpunkt und sehen prophetisch den Mitgliederentzug und dessen unausbleiblichen Ruin schon im voraus, obwohl jahrzehntelange Erfahrung schon immer bewiesen hat, daß jede bessere Finanzierung der Gewerkschaft einen Mitgliederzuwachs gebracht hat, weil dadurch das Vertrauen der Mitglieder zum Verband gehoben wurde; denn die verstärkte Leistungsfähigkeit brachte den Mitgliedern Mehrleistungen und dem Verbande bessere Kampferfolge.

Bei ernsterem Nachdenken müßte sich jedes Mitglied sagen, daß jeder erhöhte Beitrag nur ihm selbst und den Interessen der Arbeiterschaft zugute kommen kann. Die durch eine Beitragserhöhung verbesserte Finanzierung eines Verbandes bildet einerseits das Fundament und Unterpfand einer besseren wirtschaftlichen Lebenshaltung der Mitglieder, andererseits Mittel die aufgegebenen größeren Summen in Form erhöhter Unter-

stützungen wieder zu den Mitgliedern zurück. Eine Beitragserhöhung ist also nichts weiter als eine verbesserte Spareinlage zugunsten jedes einzelnen Sparer's, in diesem Falle jedes Verbandsmitgliedes. Das angesammelte Vermögen bleibt Eigentum der Masse und wird zu deren besserem Wohlergehen verwendet. Wenn es also aufrichtig um seine künftige proletarische Besserstellung zu tun ist, darf kann gar nicht anders handeln, er muß seiner Organisation dieses erhöhte Opfer darbringen!

Wie steht es denn überhaupt mit dem höheren Verbandsbeitrag, wenn wir dessen Wirkung auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage des Arbeiters untersuchen? Wir kommen da ohne weiteres zu dem Schluß, daß diese Wirkung nicht ins Gewicht fällt. Gewiß, jeder hat heute mehr denn je zu rechnen, und vielen fällt das Durchkommen ganz besonders schwer.

Die Ausbeutung der Konsumenten durch Produzenten und Händler ist gewiß hart. Es ist geradezu empörend, beobachten zu müssen, in welcher Weise das Proletariat durch die Verkäufer geschöpft und ausgezogen wird. Dazu verleiht das verbitternde Gefühl, daß einzelne sich auf Kosten der breiten Massen mühelos und maßlos bereichern. Der Arbeiter zahlt dreifach und zehnfach, weil er muß, zugunsten derer, die ihm auf diese unethische Weise das Fell über die Ohren ziehen. Beim Verbandsbeitrag aber liegt es doch so, daß seine Erhöhung einer sittlichen Pflicht entspricht, daß sie außerdem das Haushaltsbudget des Arbeiters in keiner Weise beeinflusst und daß sie letzten Endes immer wieder zugunsten der Arbeiterklasse Verwendung findet, indem dadurch höhere Löhne erkämpft werden und dem einzelnen im Bedarfsfalle in verbesserter Form geholfen werden kann. Darum bedarf es auf diesem Gebiete keiner besonderen Erwägung und Ueberlegung. Die Not der Zeit erfordert gebieterisch vorbauende Maßnahmen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Und in einem solchen Falle, wo alles für eine notwendige und in der Wirkung wohlthätige Maßnahme spricht, die geeignet ist, das künftige Schicksal der Arbeiterschaft ohne einschneidende Mehrkosten günstig zu beeinflussen und zum besten zu führen, sollte jeder dem ersten Erfordernis der veränderten Zeit mit freudiger Rechnung tragen. Er erfüllt damit nur eine Pflicht gegen sich selbst und für das gesamte Proletariat!

Zum gesetzlichen Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.

Unter dieser Ueberschrift gibt die amtliche Wochenzeitschrift des geschäftsführenden Verbandes des Zentralverbandes deutscher Bäckereimänner „Germania“, die „Deutsche Bäcker- und Konditor-Zeitung“ in Berlin, einen Artikel wieder, von dem sie einleitend sagt:

In einer Anzahl Tageszeitungen finden wir gegenwärtig Artikel, die zu dem gewünschten gesetzlichen Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe sich wie folgt äußern: Auf einer kürzlich abgehaltenen Versammlung von Bäckereimännern, der auch Vertreter der zuständigen Behörden beiwohnten, wurde erneut die Reichsregierung ersucht, durch Vorlage eines Gesetzesentwurfes das bestehende Nachtarbeitsverbot auch für die Zeit nach dem Kriege sicherzustellen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Bäcker, und zwar auch der im Vereinsdienst stehenden, sich für ein dauerndes Nachtarbeitsverbot ausgesprochen haben. Tatsächlich ist bereits ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der jedoch noch nicht im Bundesrat zur Vorlage gelangte. Verschiedene Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung im gegenwärtigen Augenblick. Mängel an Rohlen und Arbeitskräften haben zu Zusammenlegungen im Bäckergewerbe geführt, die in nächster Zeit noch einen größeren Umfang annehmen dürften als bisher. Diese Zusammenlegungen bezwecken mögliche Ausnutzung der Betriebe. Mit diesem Prinzip ist ein unbedingtes Festhalten an einer zwölfstündigen Arbeitspause jedoch vereinbar. Der vorerwähnte Gesetzesentwurf sieht deshalb auch Ausnahmen für Großbetriebe vor, für die die Nachtarbeit auf acht Stunden

bezeichnet werden soll, so ist es in zwei selbständigen... Die Verhandlung der Gewerbetreibenden... die Augenblicklich wenig günstige Lage des Wädergewerbes...

Sach derartige Stimmen immer wieder in den Kreisen der Wädereimitter laut werden, ist nicht zu verwundern; denn es gibt dort in der Tat noch eine Gruppe, die in ihrer... die Wädereimitter... die Wädereimitter...

Jedenfalls ersehen unsere Kollegen, daß der Kampf um das dauernde Nachbadverbot noch lange nicht abgeschlossen ist und sie also kräftig leistungsfähig handeln müßten... die Wädereimitter...

Zur Arbeitslage

Die rege Beschäftigung in den für die Kriegswirtschaft arbeitenden Betrieben hat im November und Dezember 1917... die Wädereimitter...

Die Arbeitslosigkeit bei 94 Verbänden mit 1 055 911 Mitgliedern betrug im November 1917 gleich 0,7 vom Hundert... die Wädereimitter...

Wie sich die Vermittlungstätigkeit für Wädereimitter und Handwerker in den einzelnen Landesgebieten gestaltet, ist folgendermaßen zusammengefaßt:

Table with 5 columns: Landesgebiete, Arbeitnehmenden, offenen Stellen, Befragten Stellen, und jede offene Stelle entfallende Arbeitnehmende. Rows include Provinz Ostpreußen, Provinz Brandenburg, Provinz Pommern, etc.

In zehn Landesgebieten wurde der Gesamtdurchschnitt von 114 Arbeitnehmenden auf 100 Stellen überstiegen; elf Landesgebiete blieben unter dem Durchschnitt... die Wädereimitter...

In einzelnen Städten in Baden waren tüchtige Kräfte gefragt; in anderen Orten dieses Gebietes dagegen war die Lage ruhig; Bayern und Württemberg melden durchweg ein... die Wädereimitter...

Befremdliches Vorgehen des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen gegen einen technischen Beamten

Der ersten Nummer im neuen Jahre des 'Korrespondenzblattes der Gewerkschaften Deutschlands' entnehmen wir nachfolgenden Aufsatz, dem unsere Kollegen... die Wädereimitter...

Daß es vielfach Unternehmen sind, denen der Besuch des technischen Aufsichtsbeamten der Berufsvereinigungen... die Wädereimitter...

Im vorliegenden Falle handelt es sich um den technischen Aufsichtsbeamten der Wahrungsmittelindustrie-Berufsvereinigungen, Oberingenieur Urban, Berlin... die Wädereimitter...

Der Schriftführer des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, schreibt dem Verfasser: 'Von der Stellungnahme... die Wädereimitter...'

Verfahren und Berufsvereinigungen, der Fabrikanten und Konstruktoren des Fahrstuhlbaues und der den Fahrstuhlbetrieb beaufsichtigenden Beamten... die Wädereimitter...

'Der Vorstehende berichtet, daß die erwähnte Schrift, die eine Darstellung der Unfallgefahren im Fahrstuhlbetrieb und Vorschläge zu ihrer Beseitigung unter Anführung der... die Wädereimitter...'

In der an diesen Bericht sich anschließenden Aussprache ist man übereinstimmend der Meinung, daß die beanstandeten Ausführungen und Angriffe des Herrn Urban... die Wädereimitter...'

Wem es hierzu, daß die Schriften des Herrn U. außer im Vorwärts' auch im Verbandsorgan der Wädereimitter Aufnahme gefunden haben... die Wädereimitter...'

Der Verfasser des Aufsatzes, Herr Urban, hat sich... die Wädereimitter...'

Dresden. Unsere Generalversammlung fand am 10. Januar statt. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor...

Planen i. B. Unsere Generalversammlung fand am 15. Januar im Gewerkschaftshaus statt; sie war verhältnismäßig gut besucht.

Hulststadt. Aus unserer am 15. Januar stattgehabten Generalversammlung, in welcher der Vorstand einen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gab...

Zahl. Am 13. Januar fand unter der Leitung der Generalversammlung eine Sitzung statt...

Frankfurt. Am 13. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, in der Kollege Wagner ein Referat über „Kriegs- und Friedenswirtschaft“ hielt.

Kollegen nicht erscheinen. Doch waren sich die Anwesenden darüber einig, so wie bisher für die Tragnation zu wirken...

Aus Mitternachtsreisen. Bäcker.

Ueber Zusammenlegungen von Bäckereien im Bezirk Götting wird uns berichtet, daß in Götting selbst vom 6. Januar ab nur noch 13 Bäckereien und drei Großbetriebe...

Gesellschaftliches.

Das Komitee des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine hielt am 20. Dezember im Sitzungssaale der Verlags-gesellschaft deutscher Konjunkturvereine in Hamburg eine Sitzung ab...

Eingegangene Bücher und Schriften.

Die Kreie von Flandern. Mit diesem geschichtlichen Roman des holländischen Dichters H. G. beginnt der neue Jahrgang der illustrierten Wochenzeitung „In freien Stunden“.

Lagerlöf. Ueberlebte von Marie Franzos. Es ist die Geschichte eines armen, veredeten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes vor einem Meineid rettet...

Außer den Haupterzählungen bringt jedes Heft in reichlicher Abwechslung illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten; daneben Scherz, Rätsel und für Frauen: Aus Haus und Küche.

Spätkaus am 26. Januar ist der 5. Wochenbeitrag für 1918 (27. Jan. bis 2. Febr.) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. Sonntag, 27. Januar: Jümenan: 2 Uhr, „Deutsches Haus“... Dienstag, 29. Januar: Halle a. d. S. (Generalversammlung): 8 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Anzeigen. Nachruf. Fern seiner Heimat starb in einem Feldlazarett unser Mitglied Max Reichel in seinem 20. Lebensjahre.

Registriertaffeln. Totalabdrucker National gesucht. Nummern und Preis erbeten unter J. Z. 6023 an d. Exped. d. Zig.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidemeister, Hengasse 2, 1. Et.

Stuetmaschine ein Jahr in Betrieb, weggangshalber zu verkaufen. Offerten an die Expedition d. Bl.

„Kuchenrutisch“ bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probedilo M. 7.50, von 5 kg ab à M. 7.

Zu Ende ist die Hefennot, jetzt gibt es wieder frisches Brot! Geeigneten Hopfen zur Bereitung von Zeug empfiehlt die Funf-Pfund-Packung zu M. 7 franko jeder deutschen Poststation gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme.